Pressemitteilung

2.Tagung des 4. Kreisparteitages der Partei DIE LINKE Kreisverband Märkisch-Oderland

Am 29.November 2014 fand in dem frisch renovierten Saal des ZALF Müncheberg der Kreisparteitag der Linken Märkisch- Oderland mit 73 Delegierten aus dem gesamten Landkreis statt. Als Gäste waren anwesend Sebastian Walter, stellv. Landesvorsitzender und Kreisvorsitzender des KV Barnim, Lutz Amsel, 1. Beigeordneter des Landkreises, Kerstin Kaiser Landtagsabgeordnete des Landtages Brandenburg sowie andere GenossInnen und SympathisantInnen aus dem Kreisgebiet.

Joachim Fiedler aus Bad Freienwalde wurde zum Kreisschatzmeister gewählt. Die Neuwahl war notwendig geworden, weil die Genossin Helga Burghan aus Strausberg aus persönlichen Gründen ihre Funktion abgegeben hatte. Ebenfalls wurden als Vertreter für den Kreisverband in den Landesausschuss der LINKEN Brandenburg Simone Schubert aus Strausberg, Bettina Fortunato aus Seelow und Marco Büchel aus Bad Freienwalde gewählt. Der Landesausschuss ist das Organ des Landesverbands mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand.

Es wurden Delegierte für Landes- und Bundesparteitag nachgewählt, weil einige GenossInnen ihre Mandate zurückgegeben hatten.

In den Redebeiträgen zwischen den Wahlgängen ging es um die Schärfung des Profils der LINKEN auf allen politischen Ebenen, im Bund, im Land und Kommune. Das muss sich vor allem und im Besonderen in unserer Arbeit in den gewählten Vertretungen widerspiegeln.

Es wurde mit großer Mehrheit einem Antrag des Kreisvorstandes zugestimmt:

Der Kreisparteitag fordert die Regierung der Bundesrepublik sowie sämtliche politischen VertreterInnen auf Landes- und Bundesebene auf, sich in Potsdam, Berlin, und Brüssel für einen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIUP; CETA Und TiSA und für ein alternatives Verhandlungsmandat der Kommission in der Handelspolitik einzusetzen.

Gleichzeitig fordert der Parteitag alle Mitglieder auf, sich selbst an der diesbezüglichen Unterschriftensammlung zu beteiligen und Unterschriften zu sammeln.

Bettina Fortunato

Kreisvorsitzende KV MOL

Kompletter Antrag an des Kreisparteitag:

Der Kreisparteitag fordert die Regierung der Bundesrepublik sowie sämtliche politischen VertreterInnen auf Landes- und Bundesebene auf, sich in Potsdam, Berlin und Brüssel für einen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIP, CETA und TiSA und für ein alternatives Verhandlungsmandat der Kommission in der Handelspolitik einzusetzen.

Die gegenwärtigen Informationen über die geheim geführten Verhandlungen bedrohen wesentliche Elemente der Daseinsvorsorge und die direkte Demokratie in den Kommunen.

Sachverhalt:

Nach dem Scheitern der globalen Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen: Die *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) zwischen der EU und den USA, das europäisch-kanadische *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA), sowie das multilaterale *Trade in Services Agreement* (TiSA). Ein Abschluss dieser Abkommen würde auch den Landkreis Märkisch Oderland betreffen.

Vier Beispiele für mögliche lokale Auswirkungen sind:

1. Handelsabkommen, die das Regelungs- und Entscheidungsrecht der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge achten, müssten die Möglichkeiten der Kommunen erhalten, öffentliche Dienste (wie zum Beispiel die Wasserversorgung) zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen. Vom Geltungsbereich der Vorschriften zur Marktöffnung sowie von Investitionsschutzklauseln in solchen Abkommen müssen sie umfassend und explizit ausgenommen sein. Sowohl die TTIP als auch das CETA genügen diesem Anspruch nicht. Eine besondere Bedrohung stellt das TiSA dar, das eine weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung erreichen möchte.
2. Das Abkommen CETA enthält eine Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Beschaffung; für TTIP ist das ebenso geplant. Auch wenn diese Regelungen nicht weit über die Vorgaben des Europäischen Vergaberechts hinausgehen, erschwert die Aufnahme der öffentlichen Beschaffung in internationale Abkommen eine Reform des Vergaberechts im Sinne der kleinen Kommunen, der regionalen Wirtschaftsförderung oder stärkeren sozialen und ökologischen Kriterien.
3. Im Landkreis Märkisch Oderland besteht eine vielfältige Agrarstruktur mit großen Agrarunternehmen wie bäuerlichen Familienbetrieben, die konventionell oder ökologisch z.T. unter erschwerten Bedingungen wirtschaften müssen. Die Landwirtschaft in Nordamerika arbeitet unter völlig anderen Bedingungen. Sie durch eine Marktöffnung für Agrarprodukte in direkte Konkurrenz zu setzen würde hier besonders kleinere Familienbetriebe und  ökologisch wirtschaftende Betriebe gefährden. Dabei ist irrelevant, ob eine Marktöffnung durch eine Harmonisierung von Standards und Verfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Standards oder eine Senkung oder Abschaffung von Zöllen erreicht wird.
4. Ein explizites Ziel der amerikanischen Verhandlungsführer in den Verhandlungen über die TTIP ist eine Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik, Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden. Im Landkreis Märkisch Oderland setzen sich engagierte BürgerInnen, Landwirte, Umweltschützer und nicht zuletzt KommunalpolitikerInnen seit Jahren gegen ein Aufweichen der Gesetzgebung, insbesondere für die Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, ein. Eine Verhandlung der europäischen Gesetzgebung in diesem Bereich ist für uns nicht akzeptabel.
5. Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg befürchten, dass Erdgas mit Hilfe der sogenannten Fracking-Technologie gefördert werden soll. In der Vergangenheit haben Veränderungen in der Energiepolitik und die Ablehnung von Fördergenehmigungen zu Schadensersatzklagen auf der Basis von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen geführt. Die Abkommen TTIP und CETA bedrohen mit ihren Investitionsschutzklauseln die Möglichkeiten, vor Ort Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers vor Gas- oder Chemikalieneintrag durch das Fracking zu ergreifen.